

3 **Flucht aus dem Iran – Leben in Liechtenstein**
Weltflüchtlingstag soll Menschen für die Not anderer sensibilisieren.

17 **Der schwächste Mai in der Geschichte**
Das Coronavirus plagt weiterhin die Exportwirtschaft.

25 **Saisonhöhepunkt steigt doch**
Léonie Guerra an der U21-EM
Titelkämpfe neu im August in Budapest



Volksblatt



Samstag, 20. Juni 2020
143. Jahrgang Nr. 114

Die Tageszeitung für Liechtenstein

Heute

Wahlkampfauftakt Klare Ansage von Donald Trump

«Alle Demonstranten, Anarchisten, Unruhestifter, Plünderer oder Gesindel, die nach Oklahoma kommen, bitte begreift, dass ihr nicht wie in New York, Seattle oder Minneapolis behandelt werdet», schrieb Trump gestern schon einmal auf Twitter. Heute Abend um 19 Uhr (Ortszeit) tritt Trump bei seiner ersten Wahlkampfveranstaltung in Tulsa im US-Bundesstaat Oklahoma auf.

Baureportage Im Fokus der heutigen Baureportage: das kombinierte Sanierungs- und Neubauprojekt auf dem Schaaner Werkhofareal.
Seiten 11 bis 15

Ausland Lange wurde der italienische Seefahrer als Entdecker des amerikanischen Kontinents verehrt. Aber bei Protesten gegen Rassismus machen ihn vor allem viele Junge mitverantwortlich für Ausbeutung und Sklaverei. **Seite 17**

Wirtschaft Die millionenschwere Wertberichtigung vom Frühling führt zum Köpferollen bei der VP Bank. Zwei werden gehen. **Seite 17**

Sport Unter der Leitung von Normann Kaiser (4. Dan) führte die Liechtenstein Karate Organisation in Nendeln Schwarzgurtprüfungen durch. Laura Biedermann aus Nendeln und Angelina Meier aus Schaan absolvierten diese mit Erfolg. **Seite 25**

Zitat des Tages

«Das ungarische Gesundheitswesen war im Umgang mit der Pandemie besser als das westliche.»

VIKTOR ORBAN
UNGARNS REGIERUNGSCHEF GLAUBT, DASS SICH SEIN LAND BEI DER BEKÄMPFUNG DER CORONAPANDEMIE ALS DEM WESTEN ÜBERLEGEN ERWIESEN HAT.

Wetter Mischung aus Sonne, Wolken und ein paar lokalen Schauern. **Seite 29** 12° 21°

Inhalt

Inland 2-10 **Kultur** 27+28
Ausland 16 **Kino/Wetter** 29
Wirtschaft 17-22 **TV** 30+31
Sport 23-26 **Panorama** 32

Fr. 2.50 www.volksblatt.li
Verbund Südostschweiz



Stiftung Zukunft.li: «Gleich lange Spiesse» könnten gekürzt werden

Studie Laut einer Analyse der Europarechtsprofessorin Christa Tobler sind Lockerungen bei den grenzüberschreitenden Dienstleistungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein möglich. Nun ist laut der Stiftung Zukunft.li politischer Wille gefragt.

VON HANNES MATT

Die neue Studie der Stiftung Zukunft.li macht Hoffnung auf den Abbau der bürokratischen Hürden bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein: In der gestern vorgestellten Publikation hat die bekannte Fachexpertin Christa Tobler in einer fundierten Rechtsanalyse festgestellt, dass es durchaus noch rechtlichen Spielraum für Lockerungen gibt. Bisher hatte sich die Schweiz auf den Standpunkt gestellt, dass weitergehende Sonderregelungen im bilateralen Verhältnis nicht mit dem Diskri-

minierungsverbot gegenüber der EU vereinbar seien. In Liechtenstein ist die Auseinandersetzung um das komplexe Regelgeflecht unter dem Begriff «gleich lange Spiesse» bekannt: Nach Verschärfungen in der Schweiz vor einigen Jahren fühlte man sich hierzulande benachteiligt. In Folge einer Protestaktion des hiesigen Gewerbes erliess die Regierung ebenfalls schärfere Regeln. Schon damals war das endgültige Ziel klar: die gleich lang gemachten Spiesse wieder gemeinsam zu kürzen, was bislang jedoch ausgeblieben ist. Zwar nehme das Thema in Bundesbern laut der Stiftung Zukunft.li nicht die

höchste Priorität ein, trotzdem habe Liechtenstein nun gute Argumente in der Hand, um dies in Gesprächen neu aufzugreifen. Schliesslich werde der Wunsch nach Lockerungen von der Wirtschaft «hüben wie drüben» immer wieder geäussert, so die Denkfabrik. Sie hofft nun auf den entsprechenden politischen Willen auf beiden Seiten des Rheins.

Medikamente aus dem EWR-Raum?

In ihrer neuen Studie nahm die Stiftung Zukunft.li noch drei weitere konfliktbehaftete Themenfelder unter die Lupe - darunter auch den Bereich Gesundheit. Chancen ortet die

Denkfabrik unter anderem in der regionalen Bedarfsplanung bei der ambulanten Gesundheitsversorgung. Interessante Resultate lieferte auch die Analyse, ob Medikamente nicht besser aus dem EWR-Raum importiert werden sollten statt aus der Hochpreisinsel Schweiz. Dieser auf den ersten Blick vielversprechende Ansatz zur Senkung der Gesundheitskosten berge bei einer genaueren Betrachtung allerdings verschiedene Herausforderungen, so das Fazit von Zukunft.li: In Summe rechtfertigen die potenziellen Einsparungen die dafür notwendige Systemumstellung nicht. **Seite 5**



FC Vaduz 4:1-Auftaktsieg gegen Winterthur

Dem FC Vaduz ist der Neustart in die Challenge League bestens gelungen. Die Residenzler setzten sich im Heimspiel gegen Winterthur mit 4:1 durch. Die FCV-Tore schossen Cicek, Sutter sowie die eingewechselten Schwizer und Djokic. (Foto: MZ) **Seite 23**

Nach der Schweiz Auch Liechtenstein wird weiter lockern

VADUZ/BERN Der Schweizer Bundesrat lockert die Coronaregeln weiter: Die Polizeistunde fällt, der Mindestabstand wird auf 1,5 Meter reduziert, Veranstaltungen bis 1000 Personen sind erlaubt. Die Liechtensteiner Regierung will nachziehen, wie sie gestern mitteilte.

Weiter keine Neuinfektionen

Liechtenstein verzeichnete bisher insgesamt 82 laborbestätigte Fälle (Personen, die in Liechtenstein wohnhaft sind). Innerhalb des letzten Tages wurden keine zusätzlichen Fälle gemeldet, teilte die Regierung am Freitag mit. Bisher trat ein Todesfall im Zusammenhang mit einer laborbestätigten COVID-19-Erkrankung auf. In der Schweiz sind derzeit nur wenige Neuinfektionen zu verzeichnen. Auch während der letzten Lockerungsschritte ist die Zahl der Neu-

infektionen, Hospitalisationen und Todesfälle zurückgegangen. Der Bundesrat teilte daher am Freitag mit, dass die Massnahmen, die in Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie erlassen wurden, weiter gelockert werden. Liechtensteins Regierung will die angekündigten Lockerungen prüfen und kommende Woche über entsprechende Anpassungen in Liechtenstein entscheiden. In der Schweiz werden die verbleibenden Einschränkungen jedenfalls bereits am kommenden Montag weitgehend aufgehoben. Ab dann sind wieder Veranstaltungen und Versammlungen mit bis zu 1000 Personen erlaubt, das Nachverfolgen von Kontakten muss aber stets möglich sein. Mit der Aufteilung in Sektoren muss sichergestellt werden, dass nicht mehr als 300 Personen kontaktiert werden müssen. (red/ikr/sda)

Viel Wissenswertes Neue Wirtschafts- und Finanzdaten

VADUZ Das Ministerium für Präsidiales und Finanzen stellt zum dritten Mal die Broschüre mit den verfügbaren Wirtschafts- und Finanzdaten in einer aktualisierten Fassung bereit. Sie wurde vom Liechtenstein-Institut im Auftrag des Ministeriums mit Datenstand 31. Mai 2020 erarbeitet. Diese Informationsbroschüre enthält einen Überblick an relevanten Daten und Fakten zur liechtensteinischen Wirtschaft und zu den öffentlichen Finanzen. Die Daten sind grösstenteils international vergleichbar und stammen hauptsächlich aus Publikationen des Amtes für Statistik, der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA), des Bundesamts für Statistik, von Eurostat sowie des Liechtenstein-Instituts. (ikr/red)

Die Publikation ist im Internet unter <http://www.regierung.li/downloads/abrufbar>.

Aus Europa

Ende von US-Einreisestopp weiter offen

WASHINGTON Ein Ende des Einreiseverbots aus dem Schengenraum in die USA ist weiter nicht in Sicht. US-Präsident Donald Trump beobachtet die Situation fortwährend, bislang gebe es aber «keine Pläne», die Reisebeschränkungen aufzuheben, sagte die Sprecherin des Weissen Hauses, Kayleigh McEnany, am Freitag in Washington. Sie betonte, dass das Verbot zu Beginn der Coronapandemie sehr wichtig dafür gewesen sein, Leben in den USA zu retten. Trump hatte den Einreisestopp Mitte März wegen der rasanten Ausbreitung des Coronavirus in mehreren europäischen Staaten verhängt. Derzeit dürfen Reisende aus dem Schengenraum, Grossbritannien und Irland bis auf Ausnahmen nicht in die USA einreisen. (sda/dpa)

Schwerpunkt Publikation der Stiftung Zukunft.li

«Die «Kratzer» untersucht»: Neue Studie nimmt sich der Beziehung zur Schweiz an

Forschung Die Stiftung Zukunft.li hat gestern eine neue Studie veröffentlicht. Darin nimmt die Denkfabrik vier ausgewählte Bereiche der Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein unter die Lupe und gibt der Politik mehrere Inputs auf den Weg, wie die Zusammenarbeit verbessert werden kann.

VON HANNES MATT

Seit der Unterzeichnung des Zollanschlussvertrages im Jahr 1923 - also seit bald einem Jahrhundert - ist Liechtenstein eng mit der Schweiz verbunden. «Eine erfolgreiche Geschichte, die sich bewährt hat», sagte Stiftungsratspräsident Peter Eisenhut bei der gestrigen Medienkonferenz in Ruggell. «In jüngster Zeit stellen wir aber fest, dass es bei der Freundschaft unserer Länder einige «Kratzer» gegeben hat.» Vier dieser «Ecken und Kanten» habe die Stiftung Zukunft.li mit Unterstützung von verschiedenen externen Fachexperten in einer Studie genauer unter die Lupe genommen. Dabei handelt es sich erstens um den Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung (GLD), die in der Vergangenheit unter dem Schlagwort «gleich lange Spiesse» für Aufsehen gesorgt hat. Hier zeigt die Studie einen möglichen Ansatz für eine Rückkehr zum früheren, offenen Markt zwischen beiden Ländern auf. Zweitens analysiert die Studie die enge Verflechtung im Gesundheitsbereich und weist auf mögliche



Geschäftsführer Thomas Lorenz und Stiftungsratspräsident Peter Eisenhut (rechts) von der Stiftung Zukunft.li stellen die neue Studie der Liechtensteiner Denkfabrik am Freitag im Kommod in Ruggell vor. (Foto: Michael Zanghellini)

zukünftige Chancen für eine grenzüberschreitende ambulante Gesundheitsversorgung hin. Eine dritte Vertiefung beleuchtet unter anderem die Herausforderung, dass Liechtenstein einerseits vollständig in die Finanzmarktinfrastruktur der Schweiz als nicht EU-/EWR-Staat integriert ist, und andererseits als EWR-Mitglied die relevante EU-Regulierung umsetzen muss. Und schliesslich behandelt das vierte Schwerpunktkapitel den Steuerbereich und zeigt auf, dass der Zugang der liechtensteinischen Wirtschaft zum Schweizer Markt über den Zollvertrag durch eine Abtretung von Steuersouveränität auch seinen Preis hat.

Mit dem Forschungsfokus der Studie auf gleich vier Bereiche beschreitet die liberale Denkfabrik, die sich für die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwicklung des Standorts Liechtenstein stark macht, neue Wege. Zuvor hatte sich die Stiftung Zukunft.li vornehmlich auf einzelne Themen konzentriert - von der Zuwanderung zum Finanzausgleich bis zu einer Studie über «Road Pricing», die die Denkfabrik im Januar publizierte.

Gedankenexperiment

Der «Liechtensteiner Franken» ist keine Alternative

VADUZ Der Währungsvertrag ist nebst dem Zollvertrag mit der Schweiz für Liechtenstein von grosser Bedeutung: So hat die Einführung des Schweizer Frankens im Mai 1924 die wirtschaftliche Entwicklung ohne Zweifel begünstigt, wie in der neuen Studie der Stiftung Zukunft.li zu lesen ist. Doch gibt es auch Alternativen? Die Denkfabrik hat das Gedankenexperiment gemacht und drei davon unter die Lupe genommen - darunter auch die eigene Währung, den «Liechtensteiner Franken». Als Fazit hält Zukunft.li fest, dass keine Alternative besser abschneidet als die heutige Lösung. Es gibt aber auch Nachteile. Der grösste bestehe darin, dass kein Kreditgeber in letzter Instanz existiert, der hiesige Banken im Krisenfall mit ausreichend Liquidität versorgt.



Der Schweizer Franken bietet viele Vorteile, aber nicht nur. (Foto: SSI)

Eine weitere Herausforderung sei das Spannungsfeld durch die gleichzeitige Einbindung Liechtensteins in den Franken-Währungsraum sowie den EWR. So sei das Fürstentum einerseits auf die schweizerische Finanzmarktinfrastruktur angewiesen - als EWR-Mitglied aber andererseits verpflichtet, Finanzmarktgesetzgebung zu übernehmen. «Bislang ist Liechtenstein dieser Spagat gut gelungen», so das Resümée. «Allerdings ist es zwingend, die EU-Rechtssetzung weiterhin schon in frühen Phasen auf potenzielle Konflikte auszuleuchten und bei Bedarf Ausnahme- oder Übergangsregelungen zu erwirken.» Hierbei sei das Land aber vor allem auf den Goodwill von Bern und Brüssel angewiesen. (hm)

Stiftung Zukunft.li sieht Chancen bei regionaler Bedarfsplanung

Medikamentenimport aus dem EWR-Raum nicht sinnvoll

VADUZ Im Gesundheitsbereich wünscht sich die Stiftung Zukunft.li aufgrund der engen Verflechtung mit dem Schweizer System ein engeres Zusammenrücken. «Die Voraussetzungen wären gut», führte Geschäftsführer Thomas Lorenz vor Augen. So erfolge die stationäre Gesundheitsversorgung der Liechtensteiner überwiegend in Schweizer Spitälern und man übernehme weitgehend auch Medikamentenpreise und Arztarife - auch wenn die Prämienbelastung in Liechtenstein ist durch die direkte Mitfinanzierung der Gesundheitskosten

über einen Staatsbeitrag deutlich tiefer liegt als in der Schweiz. Die neue Studie der Denkfabrik kommt zum Schluss, dass gerade weil in beiden Ländern identische Tarifsyste angeordnet werden, eine regionale Bedarfsplanung in der ambulanten Gesundheitsversorgung vorteilhaft wäre. Diesem Ansatz stünden allerdings aktuell unterschiedliche Steuerungssysteme entgegen. Sollten die Schweizer Kantone neben dem stationären Bereich zukünftig auch die ambulanten Gesundheitskosten mitfinanzieren («ambulant vor sta-

tionär») und dadurch mehr Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten einfordern, könnte sich die Ausgangslage aber ändern. «Ein solcher Systemwechsel könnte als Chance genutzt werden, um neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Kanton St. Gallen zu suchen», fasste Thomas Lorenz die Studienresultate zusammen. Und wie wärs, wenn Liechtenstein seine Stellung als EWR-Mitglied nutzen und Arzneimittel anstatt in der Hochpreinsel Schweiz aus anderen europäischen Kanälen beziehen würde, um Gesundheitskosten zu

sparen? «Dieser auf den ersten Blick vielversprechende Ansatz birgt bei einer genaueren Betrachtung verschiedene Herausforderungen», lautete die Antwort. In Summe würden die potenziellen Einsparungen die dafür notwendigen Systemumstellung nicht rechtfertigen. «Abgesehen davon ist es eher unwahrscheinlich, dass sich für den kleinen liechtensteinischen Markt Unternehmen finden, welche die notwendigen Aufwendungen für einen Medikamentenimport auf sich nehmen», wie es in der Studie weiter heisst. (hm)

Mit beidseitigem Willen könnten die «gleich langen Spiesse» kürzer werden

Studie Der Hürdenabbau für «grenzüberschreitende Dienstleistungen» zwischen der Schweiz und Liechtenstein sollte laut der Stiftung Zukunft.li rechtlich möglich sein - wenn dies von beiden Ländern gewünscht wird.

VON HANNES MATT

Während Jahrzehnten konnten liechtensteinische und schweizerische Unternehmen im jeweils anderen Land Dienstleistungen uneingeschränkt und ohne administrative Hürden erbringen. Dies hat sich aufgrund des komplexen Regelgeflechts in den Beziehungen der Schweiz zur EU, Liechtensteins Teilnahme im EWR und der Mitgliedschaft beider Staaten in der EFTA jedoch geändert. 2004 hat die Schweiz «flankierende Massnahmen» etabliert - darunter auch die Voranmeldepflicht für Firmen aus dem Ausland, was wiederum in Liechtenstein für Un-

mut gesorgt hatte. So forderte das hiesige Gewerbe 2016 im regionalen Wettbewerb «gleichlange Spiesse». Nach einer Protestaktion ist die Regierung dem schlussendlich nachgekommen und passte die Hürden für Schweizer Firmen mit einem Massnahmenpaket an. Das Ziel war aber immer, später zu den früheren, liberalen Rahmenbedingungen zurückzukehren - also die «Spiesse» gemeinsam wieder zu kürzen. Dies werde auch von vielen Unternehmen «hüben, wie drüben» gewünscht, wie es in der Studie der Stiftung Zukunft.li heisst. Passiert ist bislang aber noch nichts - obschon die Politik auf beiden Seiten des Rheins immer wieder betont, dass man es gerne anders hätte. So stelle sich die Schweiz laut der Denkfabrik auf den Standpunkt, dass solche weitergehenden Sonderregelungen im bilateralen Verhältnis nicht mit dem Diskriminierungsverbot gegenüber der EU vereinbar sind.

Positive Einschätzung der Expertin «Ein Thema, das uns sehr interessiert hat», wie Zukunft.li-Geschäftsführer

Thomas Lorenz ausführte. «Wir wollten aus fundiertem Mund hören, ob es wirklich keinen Rechtsweg gibt, diese Hürden abzubauen.» Dafür konnte die Denkfabrik die Europa-rechtsprofessorin Christa Tobler gewinnen. Und tatsächlich: In ihrer für die Studie erstellte Rechtsanalyse kommt sie zur Einschätzung, dass eine weiterführende Sonderlösung zum Abbau der «Spiesse» durchaus möglich sei. «Somit kann Liechtenstein nun stichhaltige Argumente anführen, um die Angelegenheit mit der Schweiz doch noch einmal aufzunehmen», so Thomas Lorenz. Die entsprechenden Rechtsänderungen gibt die Studie der Politik grad auch noch mit auf den Weg.

Die knapp 150 Seiten starke Studie kann unter www.stiftungzukunft.li heruntergeladen werden.



Der «Preis»

40 Prozent der Steuereinnahmen fremdbestimmt

VADUZ Dass der offene Zugang zum Schweizer Markt nicht gratis zu haben ist, liegt auf der Hand. So muss das Fürstentum gerade im Steuerbereich einen Teil seiner Hoheitsrechte an die Schweiz abgeben: Fast 40 Prozent der gesamten Steuereinnahmen Liechtensteins hängen direkt von Regelungen im Nachbarland ab, wie die Studie der Stiftung Zukunft.li feststelle. Dazu zählt etwa die Mehrwertsteuer, die Stempelsteuer, Zölle oder die Schwerkverkehrsabgabe. «Die direkte und indirekte Abhängigkeit von steuerpolitischen Schweizer Regelungen reduziert die Souveränität des Landes im fiskalpolitischen Bereich deutlich», heisst es. Bei der Mehrwertsteuer könnte Liechtenstein zwar ein eigenes Regime betreiben, aktuell würden die Risiken und Nachteile stärker wiegen als die Vorteile einer besseren finanzpolitischen Autonomie. (hm)